

U n t e r r i c h t u n g

durch den Präsidenten des Landtags

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“

A.

Der Landtag hat in seiner 70. Sitzung am 25. Juni 2009 auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3409 – unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Drucksache 15/3521 – beschlossen:

- I. Gemäß § 90 GOLT wird eine Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ eingesetzt. Vor dem Hintergrund einer anhaltenden rasanten Entwicklung des Medienmarktes mit seinen neuen Medientechnologien und ihren mannigfaltigen Auswirkungen auf die Art und Weise der Mediennutzung der Menschen, vor allem aber dem Umstand, dass der Gebrauch bestimmter Medien bei immer mehr Menschen zum integralen Bestandteil ihrer „digitalen Lebenswirklichkeit“ geworden ist, soll sich die Enquete-Kommission mit den Auswirkungen auf Fragen der Medienverantwortung, insbesondere auf die Verantwortung von Medienschaffenden gegenüber den unterschiedlichen Gruppen von Mediennutzern sowie auf die Verantwortung derjenigen, die Medien nutzen oder diese konsumieren, beschäftigen. Die Enquete-Kommission besteht aus elf Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern, die dem Landtag angehören, sowie sechs weiteren Mitgliedern. Die Kommission soll im Zeitraum von August 2009 bis Juni 2010 arbeiten.
- II. Die medientechnische Entwicklung hat es mit sich gebracht, dass im nahezu unendlichen Angebot an Medieninhalten kaum noch Grenzen oder geschützte Bereiche existieren, die sich der Neugier der Mediennutzerinnen und Mediennutzer oder den Interessen der Medienschaffenden verschließen können. Die Chancen, eine Form der Verantwortung oder Kontrolle gegenüber nachvollziehbaren Interessen auszuüben, scheint schon allein aufgrund des Umfangs des Medienangebotes und der vielfältigen Möglichkeiten eines Medienzugangs kaum noch möglich. Dies gilt vor allem dann, wenn bei den Medienkonsumenten aus Neugier Voyeurismus wird und bei den Medienschaffenden die ökonomischen Interessen über Fragen der Medienverantwortung gestellt werden. Dieses sich meist bedingende Dreieck von Angebot, Nachfrage und Gewinn kann im Extremfall auch zu menschenverachtenden und kriminellen Tatbeständen führen. An erster und verabscheuungswürdigster Stelle ist hier sicherlich die Nachfrage und das Angebot an kinderpornographischen Inhalten zu sehen. Aber auch manches Videospiel, gewaltverherrlichende audio-visuelle Medien und die mediale Darstellung extremistischen Gedankenguts sprengen die Grenzen eines verantwortungsvollen Umgangs mit den Medieninhalten. Verantwortung in der medialen Welt bedeutet in diesem Zusammenhang, dass diejenigen, die die Entstehung von Mediendarstellungen nachvollziehen können, deren Inhalte auch beurteilen können. Wer als Medienschaffender die Wirkungspotenziale seiner Produkte verantwortungsvoll abschätzt, muss sich die Frage nach den möglichen Folgen und Auswirkungen seiner Medienangebote auf den Betrachter in jeder Situation neu stellen.

Männer und Frauen, Mädchen und Jungen verhalten sich bei der Mediennutzung sehr unterschiedlich und gehen aus den unterschiedlichsten Gründen mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Verantwortung auf die virtuelle Medienwelt zu. Nach diversen Untersuchungen scheint es so zu sein, dass sich Frauen und Mädchen vor allem durch die vielfältigen Möglichkeiten der Kommunikationsmedien angesprochen fühlen und diese intensiv nutzen. Bei Männern und Jungen sollen es vor allem Videospiele sein, die intensiv gespielt werden. Eine differenzierte Herangehensweise an die Frage, ob eine solche Verteilung überhaupt zu bestätigen ist und worauf sie möglicherweise zurückzuführen ist, ist sinnvoll.

Besonders nach extremen und schockierenden Gewalttaten wird in der Öffentlichkeit die Frage, ob bestimmte Medieninhalte Jugendliche oder junge Erwachsene durch ihre Wirkung gefährden, intensiv und öffentlich diskutiert. Die Problematisierung bestimmter Medieninhalte und deren negativen Einfluss auf bestimmte Personengruppen, in der Debatte sind dies meist Videospiele mit der Darstellung extremer virtueller Gewalt, lässt die Frage aufkommen, ob von einem kausalen Zusammenhang zwischen dem Umgang mit virtueller Gewalt und realer Gewalt ausgegangen werden kann. Diesbezüglich gibt es Stellungnahmen aus dem Bereich der Psychologie und der Medienwissenschaften, die keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Konsum von virtueller Gewalt und dem Anreiz zu realem Handeln sehen. Für die öffentliche Aufregungsrhetorik scheint allerdings ausgemacht zu sein, dass es so etwas wie eine definierbare Wirkung geben müsse, dass Kinder und Jugendliche in ihrer

Entwicklung durch ungeeignete mediale Darstellungen und Inszenierungen bedroht seien, weil diese unerwünschte psychologisch-soziale Auswirkungen haben könnten. Was letztendlich als bedrohlich klassifiziert wird, liegt dabei im Bewertungsmaßstab von Dritten. Der Wahrnehmung eines grundsätzlich zu begrüßenden Verantwortungsgefühls „der Erwachsenen“ kann die Gefahr innewohnen, dass die Verwertungsinteressen gegenüber Kindern und Jugendlichen weiter gehen, als es aus medienwissenschaftlicher, psycho- und familiendynamischer Sicht nötig scheint. Neben den Stimmen, die die strikte Einhaltung, gar Verschärfung von jugendschutzwerten Gütekriterien fordern, gibt es Stimmen, die auf die selbstverantwortliche Herausbildung einer Medienkompetenz bei den Kindern, Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen setzen. Eine differenzierte Herangehensweise an die Frage, ob der Konsum von virtueller Gewalt auch reale Gewalt nach sich zieht, sollte ein Thema dieser Enquete-Kommission sein.

Verantwortung in einer medialen Welt geht auch über die unmittelbaren Zusammenhänge mit dem Medienbereich hinaus. Auswirkungen und Einwirkungen einer medialen Welt, einer digitalen Lebenswirklichkeit, eröffnen die Verantwortungsfrage auch in klassischen Politikfeldern, welche üblicherweise nicht direkt als Teil der Medienwelt gesehen werden. So stellt sich im Bereich der Innenpolitik beispielsweise die Frage der Überprüfung bestimmter gesetzlicher Rahmenbedingungen, exemplarisch sei hier die aktuelle Diskussion um einen adäquaten und verantwortlichen gesetzlichen Rahmen für den Umgang mit Waffen und Munition in einer medialen Welt zu nennen. Im Bildungsbereich stellen sich Fragen hinsichtlich neuer oder weiterentwickelnder Strukturen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der Erarbeitung und Weiterführung von Präventionsstrategien, der weiteren Stärkung der Medienkompetenz für Eltern und Schülerinnen und Schüler an schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Eine solche Herangehensweise führt zur Frage einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in einer medialen Welt. Hier sind die vielfältigen Zusammenhänge zwischen Familie, Politik, Wirtschaft, Kirchen, schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen und vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen zu betrachten.

Der Umgang mit dem Internet und seinen vielfältigen Möglichkeiten der Kommunikation, des Waren- und Dienstleistungseinkaufs, der Selbstvermarktung und der Selbstdarstellung – sei es privat oder beruflich – ist inzwischen zu einem vertrauten Teil der digitalen Lebenswirklichkeit von vielen Menschen geworden. Neben dem Zuwachs an positiven Möglichkeiten haben sich allerdings auch eine Vielzahl von potenziellen Gefahren für die Internetnutzerinnen und -nutzer entwickelt. Diese Inhalte werden unter der Überschrift „Datensicherheit“, „Datenschutz“ und „Datensparsamkeit“ diskutiert und reichen von unerwünschten Werbenachrichten, Hackerangriffen, dem bewussten Abgreifen von Passwörtern und Kontoverbindungsdaten, der bewussten Zerstörung von Anwendungen oder ganzer Festplatten durch Viren, Würmer und Trojaner bis hin zu Abonnementfallen im Internet. Vielfach wird von den Internetnutzerinnen und -nutzern, aber auch von Anbietern bestimmter Websites und Produkten ein sorgfältigerer, verantwortungsvollerer und transparenterer Umgang mit den persönlichen Daten gefordert. Tatsache ist, dass in den besonders von jungen Menschen genutzten virtuellen sozialen Netzwerken und Online-Diensten im erheblichen Umfang persönliche Daten gesammelt, wenn möglich sogar getauscht oder verkauft werden. Das mag ein wichtiger Faktor dafür sein, dass Dateninhalte, beispielsweise Bilder oder Texte, selten für immer aus dem Internet verschwinden. Neben den oben beschriebenen Gefahren gewinnt auch das sogenannte „Cyber-Mobbing“ eine immer größere Bedeutung. Durch „Cyber-Mobbing“ soll anderen Menschen durch Bloßstellung im Internet, Belästigung oder durch die Verbreitung falscher Behauptungen geschadet werden. Eine mögliche Herangehensweise auf diese Herausforderungen und Entwicklungen, denen sich die Enquete-Kommission in ihrer Arbeit widmen soll, könnte die Fragestellung sein, wie man das Thema „Datenschutz“ und das individuelle Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstärkt in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken und an die Bedingungen einer digitalen Lebenswirklichkeit anpassen kann.

- III. Die Enquete-Kommission hat vor diesem Hintergrund die Aufgabe, die Auswirkungen einer medialen Welt auf die Medienverantwortung gesellschaftlicher Akteure zu analysieren.

Die Enquete-Kommission soll bei dieser Analyse insbesondere folgende Bereiche der Medienwelt und der Gesellschaft untersuchen sowie eine Prognose hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen vornehmen:

- Überblick über den aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand zum Themenkomplex Medienverantwortung und Medienwirkungsforschung,
- Überblick über die in Rheinland-Pfalz vorhandenen Formen und Projekte zur Vermittlung von Medienkompetenz und Medienverantwortung,
- Konvergenz von Medien,
- Gewalt in Medien, Jugendmedienschutz, Suchtproblematik,
- Datenschutz, Datensicherheit, Datensparsamkeit und informationelle Selbstbestimmung in den Medien,
- Wirkungsweise von Medien auf unterschiedliche Gruppen (Geschlecht, Alter, sozio-ökonomisch etc.),
- Fragen der Medienverantwortung in den wesentlichen Teilbereichen einer medialen Welt,
- audio-visuelle Medien,
- Internet,
- Computer-Videospiele,
- Kommunikationsmedien, virtuelle Netzwerke,
- verändertes Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen,

- Verantwortung und Aufgaben der Politik und des Gesetzgebers,
- Verantwortung und Aufgaben von Eltern, schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, Medienwirtschaft, Veranstaltern etc.,
- Verantwortung und Aufgaben im Bereich der Medienethik.

Darüber hinaus soll die Enquete-Kommission insbesondere hinsichtlich der zu untersuchenden Bereiche Leitlinien und Handlungsempfehlungen entwickeln, wie unsere Gesellschaft, wie die zentralen Akteure in einer medialen Welt, einer digitalen Lebenswirklichkeit, verantwortungsvoll mit den vielfältigen Möglichkeiten der Medien umgehen können.

B.

Die Enquete-Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

I. Von den Fraktionen benannte Mitglieder, die dem Landtag angehören:

- | | |
|------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|
| a) Für die Fraktion der SPD: | Bettina Brück
Dieter Burgard
Martin Haller
Renate Pepper
Fritz Presl
Heiko Sippel |
|------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------|

Ständige Ersatzmitglieder:	Heribert Heinrich Heike Raab
----------------------------	---------------------------------

- | | |
|------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|
| b) Für die Fraktion der CDU: | Marlies Kohnle-Gros
Dorothea Schäfer
Ulla Schmidt
Josef Dötsch |
|------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|

Ständige Ersatzmitglieder:	Adolf Kessel Peter Dincher
----------------------------	-------------------------------

- | | |
|------------------------------|------------------------------------|
| c) Für die Fraktion der FDP: | Hans-Artur Bauckhage |
| Ständige Ersatzmitglieder: | Dr. Peter Schmitz
Günter Eymael |

- | | |
|-------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| II. Benannte Sachverständige: | Prof. Dr. Hans-Bernd Brosius
Prof. Dr. Caja Thimm
Michael Frenzel
Prof. Dr. Reinhold S. Jäger
Privatdozent Dr. Waldemar Vogelgesang
Nico Lumma |
|-------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

- III. In ihrer konstituierenden Sitzung am 30. September 2009 hat die Enquete-Kommission die Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros zur Vorsitzenden und die Abgeordnete Renate Pepper zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Joachim Mertes
Präsident des Landtags